

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 216 Mai 2003



P.P. Uster

Ja zum Kredit über 2 Mio. für die familienergänzende Betreuung (FEB)

Für eine Stadt wie Uster unabdingbar

Inhalt

Rückblick Wahlen	3
Von Stefan Feldmann	
Für eine Stadt wie Uster unabdingbar	4
Ja zum Kredit über 2 Mio. für die familienergänzende Betreuung (FEB) Von Martin Bronhauser	
Steuerinitiative	5
Ja zur Volksinitiative «Weniger Steuern für untere einkommen» Von Stefan Feldmann	
«Steuerrabatt für Mittelstands-Familien»	6
Eidgenössische Abstimmung: Ja zur Gesundheits-Initiative Interview mit Franco Cavalli von Kaspar Suter	
Gesundheit muss bezahlbar bleiben	7
Eidgenössische Abstimmung: Ja zur Gesundheits-Initiative Von Kaspar Suter	
Die Lichter gehen nicht aus	8
Eidgenössische Abstimmungen: 2mal Ja zu den Initiativen «Strom ohne Atom» Von Rudolf Rechsteiner, SP-Nationalrat	
Tun wir etwas gegen die Lehrstellen-Not!	9
Eidgenössische Abstimmung: Ja zur Lehrstelleninitiative Von Sarah Müller	
MieterInnen nicht mehr länger am kürzeren Hebel	10
Eidgenössische Volksabstimmung: Ja zur Initiative «Ja zu fairen Mieten» Von Rudolf Strahm, SP-Nationalrat und Präsident des MieterInnenverbandes der Deutschschweiz	
Die Parolen der SP Uster	10
Dies und Das	11
Veranstaltungskalender	12

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei
Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage: 9000
Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf
PC 80 – 13431 – 8
Redaktion: Dagmar Anderes, Margrit Enderlin,
Stefan Feldmann, Fredi Gut,
Rolf Murbach,
Layout: Fredi Gut
Vertrieb: Stefan Feldmann
Druck: Ropress Zürich
Titelfoto: Ursula Markus

Editorial



Mein Schwager ist in einem kleinen Dorf aufgewachsen, wo jeder jeden kennt. Einem Dorf, in welchem sich die StimmbürgerInnen ihre Meinungen im Gespräch bilden, am Stammtisch, beim Schwatz auf der Strasse, über den Gartenzaun hinweg. Parteien spielen keine Rolle in diesem Dorf, man wählt die Frau, frau wählt den Mann, man kennt sich ja. Mein Schwager lobt dieses System der Demokratie ohne Parteien jeweils, weil es, so mein Schwager, Meinungen und Argumente höher gewichte als Ideologien.

Ich muss in solchen Diskussionen jeweils zugestehen, dass ich eine Demokratie, welche aus informierten BürgerInnen besteht, die sich unabhängig eine Meinung bilden, sehr verführerisch finde. Die Vorstellung einer Demokratie, in welcher die Pro und Contras vorurteilsfrei abgewogen werden und es egal ist, ob eine Idee von einer «Linken» oder einem «Rechten» kommt, ist schön – zu schön, um wahr zu sein. Und ich sehe mich in meiner Ansicht durch den Abstimmungssonntag vom 18. Mai bestärkt.

Neun eidgenössische Vorlage stehen da zur Abstimmung, dazu eine kantonale Initiative und ein Geschäft der Stadt Uster. Wie um alles in der Welt, soll sich da der Stimmbürger/die Stimmbürgerin zu jeder Vorlage ein eigenes Urteil bilden? Woher soll er/sie sich in unserer hektischen Zeit die Zeit hernehmen, um sich über jede der Vorlagen eine eigene Meinung zu bilden, die Pro und Contras abzuwägen? Und das zu ganz verschiedenen Themen: Es geht ums Mietrecht und den Atomausstieg, es geht um die Rechte der Behinderten und um autofreie Sonntage, es geht um ein neues Modell für Krankenkassenprämien und mehr Lehrstellen, um weniger Steuern für untere Einkommen und mehr Geld für die familienergänzende Betreuung. Bei allem Respekt vor den StimmbürgerInnen: Wie sollen sie dies alles unter einen Hut bringen? Die Antwort ist für mich klar: Dank der Hilfe von Parteien.

Ich weiss, Parteien haben in der Schweiz – und nicht nur da – nicht gerade den besten Ruf. Als Mensch der sich politisch in einer Partei engagiert – und zu allem Überfluss auch noch beruflich für sie arbeitet... – kriegt man dies gelegentlich zu spüren. Und es soll auch nicht bestritten werden, dass an gewissen Parteitagen – links wie rechts – die Ideologie über die Argumente siegt. Aber hat der Stimmbürger/die Stimmbürgerin einmal jene Partei, mit welcher er/sie die grösste Übereinstimmung in einer Reihe von Fragen hat, mit welcher er/sie die gleichen Grundwerte teilt, gefunden, so hat er/sie eine Beraterin gefunden, der er/sie vertrauen kann, wenn mal die Zeit fehlt, um sich selber mit den Abstimmungsvorlagen intensiv auseinanderzusetzen – und das ist ja (leider) meistens der Fall. Parteien sind für mich deshalb die Leuchttürme der Demokratie.

Sie sind nicht einverstanden? Dann sagen Sie mir, was die Alternative ist: Das Abstimmungscouvert ins Altpapier werfen? Die Direkte Demokratie abschaffen? Mein Schwager ist mir im übrigen auch noch eine Antwort schuldig...

Stefan Feldmann

Ach, übrigens: Die Parolen der SP Uster zu den Abstimmungen vom 18. Mai finden sie auf Seite 10. Falls Sie uns vertrauen wollen...

Rückblick kantonale Wahlen 2003: Linker Erdrutsch

6. April – ein linker Freudentag

Die Kantonsrats- und Regierungswahlen vom 6. April 2003 werden in denkwürdiger Erinnerung bleiben. Nicht nur gelang es der SP mit Regine Aepli den zweiten SP-Regierungsratssitz zurückzugewinnen, nicht nur sitzen zum erstenmal drei Linke in der Regierung, sondern es gelang SP und Grünen völlig unerwarteterweise die absolute Mehrheit von FDP und SVP im Kantonsrat zu brechen. Der erste Aprilsonntag war schlicht ein Freudentag.

Von Stefan Feldmann

Der Einzug von Regine Aepli in den Regierungsrat war am Wahlsonntag keine grosse Überraschung und stand schon früh fest. Obwohl Umfragen im Vorfeld von Wahlen immer mit Vorsicht zu geniessen sind, so zeigte sie doch einen konstant grossen Vorsprung. Die Erklärung für den SP-Erfolg war schnell parat: Der Streit zwischen FDP und SVP sei Schuld dafür, dass die Bürgerlichen einen Sitz in der Regierung verloren haben. Mit Verlaub: Ich halte diese Erklärung für zu kurz gegriffen. Mit 30 000 Stimmen Vorsprung hatte Regine Aepli einen satten Vorsprung auf Ruedi Jeker und Hans Hollenstein – ein Vorsprung, welcher auch durch ein bürgerliches Fünfer-Ticket kaum wettgemacht hätte werden können. Die Antwort liegt für mich auf der Hand: Nicht nur waren Markus Notter – der mit deutlichem Abstand mit dem bestem Resultat gewählt worden ist – und Regine Aepli überzeugende KandidatInnen, die Wählerinnen und Wähler wollten angesichts der anstehenden Diskussion um Leistungsabbau eine Kurskorrektur vornehmen, wollten die soziale Komponente in der Regierung stärken.

SP hat massiv zugelegt

Überraschender kam der Erfolg bei den Kantonsratswahlen. Auf dem SP-Parteisekretariat ging man von drei bis vier Sitzgewinnen aus. Zehn sind es am Ende geworden. Und besonders erfreulich: Die Sitzgewinne gingen nicht auf Kosten der Grünen, denn die haben ihrerseits ebenfalls drei Sitze zugelegt. Die Sitze, welche die Linke gewann, gingen rechts verloren. FDP und SVP besetzen im Parlament statt 99 Sitze künftig nur noch deren 90.

Auch hier waren die Beobachter mit der Erklärung schnell zur Hand: Der Streit zwischen



Der Einzug von Regine Aepli in den Regierungsrat war am Wahlsonntag keine grosse Überraschung. Die Wählerinnen und Wähler wollten angesichts der anstehenden Diskussion um Leistungsabbau eine Kurskorrektur vornehmen, wollten die soziale Komponente in der Regierung stärken.

SVP und FDP habe der SP genutzt. Ich halte dies für eine Mär: Der Streit hat vielleicht die politische Grosswetterlage für die SP aufgeheilt, aber er hat die WählerInnen kaum massenhaft in die Arme der SP getrieben. Oder würden Sie SVP wählen, wenn sich SP und Grüne in den Haaren liegen? Wohl kaum.

Ich sehe die Gründe andernorts: Der SP ist es in den letzten zwei, drei Jahren gelungen, ein eigenständige, konstruktive politische Linie zu fahren. Sie hat ihre Positionen klar markiert, deutlich und prononciert Stellung genommen. Sie war aber am Ende auch immer bereit, für einen Kompromiss Abstriche an den eigenen Positionen hinzunehmen. Diese klare, gleichzeitig aber kompromissbereite Politik wurde von den Wählenden honoriert. Zum anderen ist es der SP für einmal gelungen, ihr Wählerpotential hervorragend zu mobilisieren. Sie hat trotz Rückgang der Wahlbeteiligung deutlich Stimmen hinzugewonnen, sie hat in allen Wahlkreisen zugelegt, und dies teilweise auf bereits hohem Niveau (im Wahlkreis « Stadt Zürich Kreise 4/5 » beispielsweise von 32 auf 42 Prozent!). Sie hat insbesondere auch dort zugelegt, wo in den vergangenen Jahren die SVP so stark gewachsen ist, in Schwamendingen etwa oder in Altstetten.

SVP gestoppt, FDP am Scheideweg

Die Wahlverliererinnen sind die bürgerlichen Parteien SVP und FDP. Die SVP hat zwar nochmals leicht an WählerInnenanteil zugelegt und auf dem Papier auch einen Sitz hinzugewonnen. Doch dieser Sitz wurde schon heute

von einem SVP-Mann gehalten, welcher bei den letzten Wahlen noch wild kandidiert hatte und später der SVP beigetreten ist. Zudem hat die SVP-Seniorenliste ihre beiden Sitze verloren, so dass die SVP-Fraktion künftig kleiner sein wird, als bisher. Der SVP-Vormarsch ist gestoppt.

Und die einst stolze FDP des Kantons Zürich hat erneut eine schallende Ohrfeige erhalten: Sechs Sitze verloren, Partei- und Fraktionspräsident abgewählt. Mag man sich angesichts des oft arroganten Auftretens der FDP-Führung im Kantonsrat ein wenig Schadenfreude nicht verneifen, so mag angesichts dieser Niederlage keine rechte Freude aufkommen. Es steht zu befürchten, dass die FDP ihrem pawlowschen Reflex nachgibt und ihr Heil in einer Annäherung an die SVP sucht. Doch dies wird für die arg gebeutelte Partei kaum die Lösung sein, hat sie doch zumindest in diesen Wahlen nicht mehr an die SVP verloren.

Die fortschrittliche Linke im Kanton Zürich kann kein Interesse an einer total aufgeriebenen FDP haben. Denn eine fortschrittliche Politik im Kanton Zürich, wie sie der SP vorschwebt, eine Politik, welche den neuen gesellschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt, ökologisch und ökonomisch nachhaltig ist, eine Politik, welche den Ausgleich zwischen Eigenverantwortung und sozialem Ausgleich findet und den Service public stärkt, kann am Ende nur mit dem Freisinn, aber nicht gegen ihn gemacht werden. Dumm nur, dass die einzigen, die das noch nicht gemerkt haben, die Freisinnigen sind...

Kommunale Abstimmung: Ja zum Kredit über 2 Mio. für die familienergänzende Betreuung (FEB)

Für eine Stadt wie Uster unabdingbar

Viele Familien sind heute aus finanziellen Gründen auf die Erwerbstätigkeit beider Elternteile angewiesen. Die zunehmende Scheidungsrate führt zu immer mehr alleinerziehenden Eltern, die nur mit Erwerbsarbeit ihre Existenz sichern können. Die Anforderungen des Arbeitsmarktes und der beruflichen Entfaltung kollidieren je länger je mehr mit den Anforderungen an die Kinderbetreuung. Eltern allein können diesen Widerspruch nicht auflösen. Ein gut organisiertes Angebot an familienergänzender Betreuung (Tagespflegeplätze, Krippen, Horte) ist für eine Stadt wie Uster unabdingbar.

Von Martin Bornhauser, Stadtrat

«Fremdbetreuung» in Krippen oder bei Tageseltern ist jedoch weit mehr, als eine Notlösung. Neue Untersuchungen zeigen, dass eine gute familienergänzende Betreuung sich sehr positiv auf die Entwicklung kleiner Kinder auswirkt. Dies gilt ganz besonders für Migrationskinder, weil sie für Integration und Lernerfolge auf Verbindungen zwischen Familie und öffentlichen Institutionen angewiesen sind. Die Betreuungssituation für schulpflichtige Kinder ist prekär. Fast 45 Prozent der schulpflichtigen Kinder zwischen 7 und 14 Jahren werden während der erwerbsbedingten Abwesenheit der Bezugspersonen nicht betreut.

Drei Kernfragen stellen sich jeder Gemeinde:

- soll sie sich in der FEB überhaupt engagieren?
- soll sie die FEB-Einrichtungen selber betreiben oder dies Privaten überlassen?
- soll sie privat geführte Institutionen direkt subventionieren (Objektfinanzierung) oder indirekt, durch finanzielle Mitbeteiligung an den Aufwendungen der Eltern?

Ideelle und materielle Unterstützung

Die Stadt Uster führt keine eigenen Kinderkrippen oder Horte. Träger dieser Einrichtungen der familienergänzenden Betreuung (FEB) sind private Vereine. Weil diese Betriebe für die Stadt von grosser Bedeutung sind, werden sie ideell und materiell unterstützt. Die Subventionierung erfolgt indirekt, indem die Stadt die Differenz zwischen den effektiv anfallenden Tageskosten und den Elternbeiträgen übernimmt. Letztere bemessen sich nach der wirtschaftlichen Lei-



stungsfähigkeit der Eltern und anhand eines Beitragsreglements festgesetzt. Der Tagesansatz bewegt sich zwischen einem Minimalbetrag von 12 Franken und den effektiven Vollkosten und gilt für alle FEB-Institutionen gleichermaßen. Durch die Garantie der Vollkosten sichert die Stadt den FEB-Trägern – bei wirtschaftlicher Haushaltsführung und voller Auslastung – die finanzielle Grundlage.

FEB-System hat sich bewährt...

Doch warum ein neuer Kredit? Das bestehende Ustermer System der familienergänzenden Betreuung hat sich ja bewährt! Es bleiben denn auch die privaten Träger, die bestehenden Institutionen und auch das Finanzierungssystem (indirekte Subventionierung). Aber die Beiträge

an die sieben unterstützten Trägervereine beruhen auf einem Volksentscheid, einem Gemeinderatsbeschluss und zwei Stadtratsbeschlüssen. Aus finanzrechtlichen Gründen muss eine einheitliche finanzrechtliche Grundlage geschaffen werden. Gleichzeitig stellt der Stadt- und Gemeinderat dem Souverän die Frage, ob er mit der bisherigen Unterstützungspraxis einverstanden ist.

... und wird dennoch verbessert

Die Vorlage bietet aber auch Neuerungen. So wird der ehemalige Hort der Primarschule ins FEB-Konzept der Stadt Uster integriert. Der Kredit enthält überdies die finanzielle Grundlage für eine zusätzliche Krippe mit 16 Plätzen (bei einem effektiven Bedarf von 80 Plätzen). Er ermöglicht die Unterstützung einer Geschäftsstelle, welche durch die FEB-Träger geschaffen und betrieben wird und ihnen eine spürbare administrative Entlastung bringen wird. Der Kredit garantiert überdies die längst fällige Erhöhung des Stundenansatzes der Tageseltern um einen Franken.

Krippen, Horte und Platzierungen in Tagesfamilien haben familienergänzenden Charakter. Sie ergänzen die Betreuung und Erziehung in der Familie und fördern die soziale Integration der Kinder und die berufliche Integration der Eltern. Damit leisten sie einen wichtigen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Beitrag für die Gesellschaft. In der Stadt Uster hat sich das bestehende System der familienergänzenden Betreuung bewährt. Ich freue mich daher auf ein überzeugendes Ja des Souveräns an der Urne.

Beantragter Kredit von Fr. 2 Mio. p/a	Plätze	Kosten p/Tag	Kredit	
Tagesfamilienverein	114	70	500 000	
Kleinkinderhort Muulwurf	16	99	215 000	
Kinderkrippe Heusser-Staub-Stiftung	32	98	280 000	
Ramba-Zamba	11	99	90 000	
Hort im Lot	18	69	120 000	
Chinderhuus im Werk	16	90	200 000	
Jugendhort Frauenverein	15	142	350 000	
Total	222		1 755 000	1 755 000
16 zusätzliche Krippenplätze			180 000	
Anteil an Geschäftsstelle			30 000	
Erhöhung Stundenlohn Tageseltern			35 000	
Total			245 000	245 000
				2 000 000

Kantonale Abstimmung: Ja zur Volksinitiative «Weniger Steuern für untere Einkommen»

Bislang profitierten nur die Reichen

Immer mehr Menschen in unserem Kanton haben Mühe, die lebensnotwendigen Ausgaben zu bezahlen. Bereits sind in unserem Kanton 5 Prozent der Bevölkerung arm und weitere 22 Prozent armutsgefährdet. Doch diese Personen haben von den durch die Bürgerlichen im Kantonsrat beschlossenen Steuererleichterung bislang nicht profitiert, diese kamen ausschliesslich den Wohlhabenden zu gute. Die SP-Steuer-Initiative «Weniger Steuern für untere Einkommen» will nun Gegensteuer geben.

Von Dorothee Jaun,
Präsidentin SP-Kantonsratsfraktions

In den letzten 5 Jahren hat die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat Steuererleichterungen von rund 500 Millionen Franken beschlossen, von denen fast nur die wohlhabenden Schichten profitiert haben. Die Teilabschaffung der Erbschaftssteuer für Nachkommen nützte nur den reichsten 25 Prozent der Bevölkerung; denn schon vorher bezahlten Nachkommen, die weniger als 100 000 Franken erben – und das sind 75 Prozent der Erbfälle – keine Erbschaftssteuer. Auch die zweimalige Senkung des Steuerfusses brachte den Reichen erheblich mehr als den kleinen und mittleren Einkommen.

Die SP-Steuerinitiative will nun endlich die unteren und mittleren Einkommen entlasten. Nach Annahme der Initiative werden alle Alleinstehenden, die ein Nettoeinkommen von weniger als 50 000 Franken haben, und alle Familien (mit 2 Kindern) die weniger als 100 000 Franken netto verdienen, weniger Steuern bezahlen. Ferner sollen alle Personen von den Steuern befreit werden, deren Einkommen unter dem Existenzminimum liegt. Diese Menschen können die Steuern meist ohnehin nicht bezahlen, und deren Steuerschulden müssen erlassen oder abgeschrieben werden. Dieser bürokratische Leerlauf ist sinnlos.

Fiskalische Auswirkungen der Initiative

Insgesamt werden durch die Initiative rund 9500 Menschen von den Steuern befreit und rund 290 000 müssen weniger bezahlen. Dies hat für den Kanton Steuerausfälle von ca. 45 Millionen Franken zur Folge und ca. 40 Millionen für die Gemeinden. Da aber ein beträchtlicher Teil dieser Steuern schon bislang nicht ein-



bringlich sind, dürften die Steuerausfälle viel niedriger liegen. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene, und vom Kantonsrat in erster Lesung bereits beschlossene Streichung der höchsten Progressionsstufe hat fast gleich hohe Steuerausfälle zur Folge. Davon profitieren würden allerdings nur 10 000 Personen – die Reichsten der Reichen...

Damit mehr zum Leben bleibt

Die Zürcher Regierung behauptet, die unteren Einkommen würden im Kanton Zürich bereits heute niedrig besteuert. Der Vergleich der Steuerbelastungen in den verschiedenen Kantonen zeigt, dass der Kanton Zürich tatsächlich bis zu einem Nettoeinkommen von Fr. 200 000.– eher steuergünstig ist. Die sehr hohen Lebenskosten im Kanton Zürich belasten aber vor allem die unteren Einkommen. Der im Februar 2003 er-

schienene Bericht der SKOS (Schweizerische Konferenz für öffentliche Fürsorge) zeigt auf, dass im Kanton Zürich den unteren Einkommensschichten – trotz mässiger Steuerbelastung – weniger übrig bleibt als in sehr vielen anderen Kantonen (der Kanton Zürich steht an neuntletzter Stelle). SKOS und Caritas fordern deshalb ebenfalls die Steuerbefreiung des Existenzminimums. Die Regierung behauptet ferner, die Steuerinitiative sei verfassungswidrig, weil sie in gewissen Bereichen Konkubinatspaare gegenüber Ehepaaren bevorzuge. Diese Bevorzugung betrifft indes nur einen ganz geringen Teil der Paare im untersten Einkommensbereich. Zudem ist gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung ein Steuertarif nur dann verfassungswidrig, wenn beim Vergleich von Konkubinatspaaren und Ehepaaren grosse Unterschiede entstehen. Dies ist

bei der Steuerinitiative nicht der Fall. Unterschiede in der Steuerbelastung von Konkubinatspaaren und Ehepaaren sind technisch nicht zu vermeiden und führen nur in krassen Fällen dazu, dass ein Tarif vom Bundesgericht als verfassungswidrig bezeichnet wird.

Die entscheidende Frage

Die Zürcher Stimmberechtigten stehen vor einer einfachen Frage: Wollen Sie lieber rund 305 000 Personen mit unteren und mittleren Einkommen entlasten, wie es die SP-Steuerinitiative vorschlägt? Oder wollen sie lieber einmal mehr den 10 000 Reichsten im Kanton ein Steuer geschenk machen, wie es die bürgerliche Kantonsratsmehrheit mit der Streichung der höchsten Progressionsstufe will? Das Fazit ist klar: Ein Ja zur Initiative «Weniger Steuern für mittlere Einkommen» korrigiert die bisherige, unsoziale Steuerpolitik im Kanton Zürich.

Eidgenössische Abstimmung: Ja zur Gesundheits-Initiative

«Steuerrabatt für Mittelstands-Familien»

Er gilt als der profilierteste Gesundheits-Politiker der Schweiz: SP-Nationalrat Franco Cavalli aus Ascona. Cavalli ist Professor und Chefarzt für Onkologie (Krebserkrankungen) am Kantonsspital in Bellinzona. Der ehemalige SP-Fraktionspräsident ist einer der geistigen Väter der SP-Gesundheitsinitiative.

FORUM: Am 18. Mai kommt die SP-Initiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» zur Abstimmung. Was bringt die Initiative?

Franco Cavalli: Die unsozialen Kopfprämien werden abgeschafft. Indem wir die Grundversicherung neu zu drei Vierteln mit einkommens- und vermögensabhängigen Prämien finanzieren, sichern wir die Finanzierung unseres Gesundheitssystems nachhaltig. Und durch eine Kompetenzverschiebung zugunsten des Bundes kann dieser endlich effektive Kostensenkungsmassnahmen durchsetzen.

Die Krankenkassenprämien sind massiv gestiegen. Wie viele Leute profitieren von der Initiative?

Das variiert von Kanton zu Kanton. Durchschnittlich würden fast 80 Prozent der Bevölkerung geringere Prämien bezahlen.

Wer profitiert am meisten?

Familien mit mittleren Einkommen, da die Kinderprämien verschwinden. Die typische Schweizer Familie (2 Kinder, Vermögen unter einer Million)

würde bei einem steuerbaren Einkommen von 50 000 bis 90 000 Franken zwischen 3000 und fast 6000 Franken pro Jahr einsparen.

Bei Annahme der Initiative würde ein Teil der Prämien über Mehrwertsteuerprozentanteile finanziert werden. Das sei unsozial, sagen die Gegner.

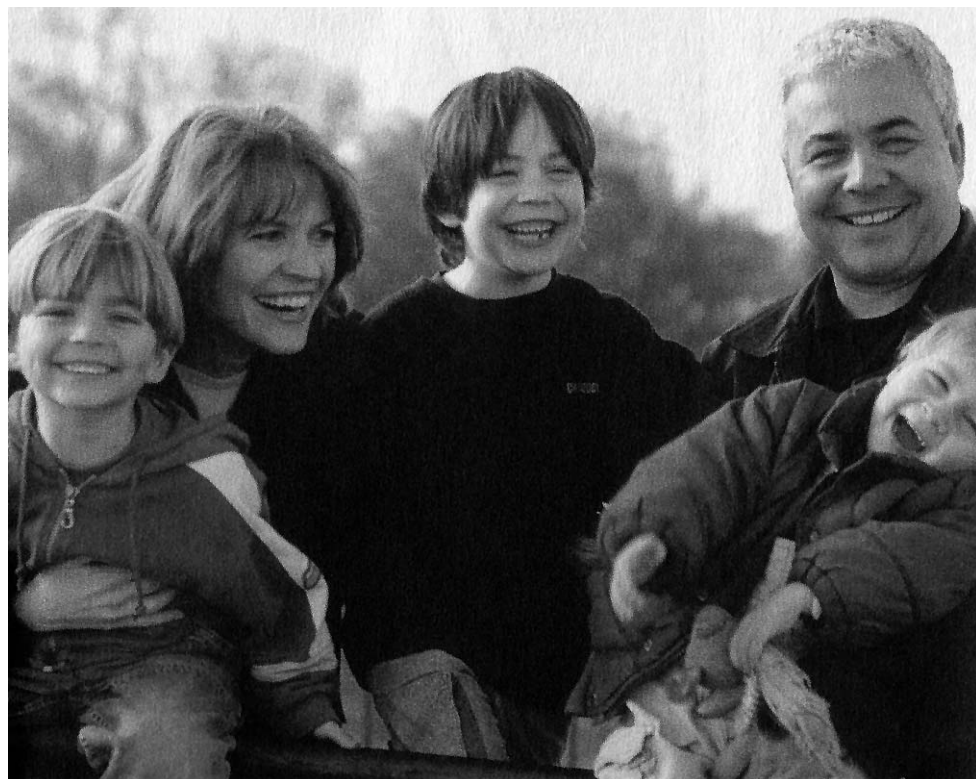
Dieser Vorwurf ist absurd: Er würde zutreffen, wenn wir direkte Bundessteuern, welche progressiv ausgestaltet sind – Wohlhabende zahlen anteilmässig mehr Steuern – durch Mehrwertsteuern ersetzen würden. Wir ersetzen aber eine Kopfsteuer (Kopfprämie), die für alle, für den Millionär ebenso wie für die Verkäuferin, gleich ist, zu einem Teil mit der Mehrwertsteuer, die sicher weniger unsozial ist.

Die Initiativgegner behaupten aber, dass jede Familie via Mehrwertsteuer neu mit 4000 Franken pro Jahr belastet würde...

Das ist pure Demagogie! Für die erwähnte Familie würde sich bei unserem Modell von 1,5 Mehrwertsteuer-Prozenten der monatliche Zusatz zwischen 30 und 53 Franken bewegen.

Der Krankenkassenverband Santésuisse gehört aber auch zur Gegnerschaft.

Würde Santésuisse an die Interessen ihrer Klientinnen und Klienten denken, dann müsste sie die Initiative unterstützen. Die Krankenkassen-Bürokraten denken aber nur an ihre fetten Gehälter. Und befürchten zu Recht, dass sie mit einkommensabhängigen Prämien selber zur Kasse gebeten würden.



Familie Bachmann, 3 Kinder, Zürich: «Wir hatten gehofft, dass das Parlament die Kinderprämien senkt. Vergeblich. Wir versteuern gemeinsam 67 000 Franken im Jahr. Die Krankenkasse kostet 725 Franken im Monat. Mit der Gesundheitsinitiative wären es noch 209 Franken. Das macht 6192 Franken weniger pro Jahr!»

Hat die Initiative aber auch Einfluss auf die Kostenseite?
Absolut. Wir schlagen ein Bündel von Massnahmen vor, das die Kostensexplosion in den Griff bekommen würde: Mit einer strengen Qualitätskontrolle, der Koordinierung der kantonalen Planungen, der Kontrolle der Preise und der Mengenausweitung. Alle diese kostendämpfenden Massnahmen wurden bislang von der bürgerlichen Mehrheit im Parlament abgelehnt.

Tönt gut. Aber kannst Du uns ein konkretes Beispiel geben, wie die Initiative die Gesundheitskosten in den Griff bekommt?

Wir sehen die Bundesplanung der Spitzenmedizin vor, was hunderte von Millionen sparen würde. Heute haben wir zum Beispiel sieben Transplantationszentren, wobei sich alle Experten einig sind, dass zwei nicht nur genügen würden, sondern auch noch zu besseren Resultaten führen würden. Das ist nur eines von vielen Beispielen, die das Sparpotenzial einer solchen Planung belegen.

Welches ist für Sie das Hauptargument, um für ein Ja zur Gesundheitsinitiative am 18. Mai zu werben?

Die Initiative bringt für Familien mit mittleren Einkommen den grössten Steuerrabatt, den man je in der Schweiz vorgeschlagen hat.

Interview: Kaspar Suter

Eidgenössische Abstimmung: Ja zur Gesundheits-Initiative

Gesundheit muss bezahlbar bleiben

Die Krankenkassenprämien steigen seit Jahren. Für viele Familien sind sie zur grossen Belastung geworden. So kann es nicht weitergehen. Mit der SP-Gesundheitsinitiative kann diese Entwicklung endlich gestoppt werden.

Von Kaspar Sutter

Jedes Jahr im Oktober verkünden die Krankenkassen ihre Prämienhöhung von rund 10 Prozent. Für viele Menschen in der Schweiz sind die hohen Prämien ein Problem. Es ist allen klar: Es muss sich was ändern! Abhelfen kann hier nur die SP-Gesundheitsinitiative. Die Initiative setzt endlich den unsozialen Kopfprämien ein Ende. Inzwischen ist die Schweiz das einzige Land, in dem 20-Millionen-Verdiener wie Daniel Vasella gleich viel Krankenkassenprämien bezahlen wie eine Büroangestellte.

Fünf Gründe für ein Ja

- Familien werden entlastet: Die Initiative schafft die Kinderprämien ab. Kinder sind in der Prämie der Eltern mitversichert. Dieses System hat sich in vielen Ländern bewährt. Dies ist deshalb so wichtig, weil heute besonders Familien unter der enormen Prämienlast leiden.
- Die unsozialen Kopfprämien werden abgeschafft. Davon profitieren 80 Prozent der Bevölkerung, neben den Familien insbesondere jene Leute des unteren Mittelstandes, die heute nicht von Prämienverbilligungen profitieren. Dies deshalb, weil die Prämien neu abhängig von Einkommen und Vermögen berechnet werden. Daneben wird ein Viertel

über die Mehrwertsteuer finanziert.

- Die Schweiz hat die höchsten Prämien Europas und die Schweiz ist das einzige Land, welches eine unsoziale Kopfprämie erhebt. Ein Millionär zahlt gleichviel Krankenkassenprämie wie ein einfacher Angestellter oder eine Arbeiterin. Beides kann mit der Initiative geändert werden.
- Strikte Kostenkontrolle: Die Initiative bietet wirksame Instrumente gegen die Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Neu ist der Bund verantwortlich für die Planung der High-Tech-Medizin. Es macht keinen Sinn, dass im Bereich der Spitzenmedizin alle Spitäler alle Leistungen anbieten. Die Kantone werden vermehrt zur Zusammenarbeit verpflichtet. Auch erhält der Bund Kompetenzen zur Bestimmung von Höchstpreisen für medizinische Leistungen, was beispielsweise bei den teuren Medikamenten zu einer Förderung der günstigen Generika führt.
- Die Pharmaindustrie und die Krankenkassen werden bei Annahme der Initiative einige ihrer Pfründen verlieren. Deshalb setzen sie Millionen ein, um die Gegenkampagne gegen die Gesundheitsinitiative zu finanzieren. Es ist unhaltbar, dass die Krankenversicherer mit unseren Prämiegeldern dies finanzieren!

Wende nötig

Es braucht eine Wende in der Gesundheitspolitik. Mit einem Ja zur Gesundheitsinitiative kann das Steuer herumgerissen und der Weg für eine sozialere und gerechtere Gesundheitspolitik freigebracht werden.

Ein Wort zum «Markt» und zur «Staatsmedizin»

Die Gegnerinnen und Gegner der Gesundheitsinitiative greifen im Abstimmungskampf tief in die ideologische Mottenkiste: Bei der Annahme der Initiative drohe die «Staatsmedizin». Dies tönt so schön nach Sowjetkommunismus! Aber natürlich ist das Unsinn, am bisherigen System mit staatlichen Anbietern (vor allem Spitäler) und privaten Leistungserbringern (ÄrztInnen, Privatkliniken) wird nichts geändert. Wahr ist allerdings, dass der Staat bezüglich Kostenkontrolle bei einer Annahme der Gesundheitsinitiative ein stärkeres Wort mitzureden hätte. Entscheiden sie angesichts der Jahr für Jahr ständig steigenden Prämienbelastung selber, ob dies nötig ist...

Weiter rezitieren die GegnerInnen der Gesundheitsinitiative ihr neoliberales Mantra auch bei dieser Abstimmung: Die Gesundheitsinitiative verhindere, dass der Markt spielen könne. Da stellt sich einfach die Frage, ob er denn jetzt spielt? Oder ob er im Gesundheitswesen jemals wirklich spielen kann? Namhafte Gesundheitsexperten bezweifeln dies und auch ein Blick in anerkannte Volkswirtschafts-Bücher lässt da Zweifel aufkommen. Denn da heisst es, dass ein Markt nur dann spielen könne, wenn die KonsumentInnen über alle relevanten Informationen verfügten, um autonom entscheiden zu können. Haben hingegen die Anbieter einen übermässigen Informationsvorsprung, so ist dies den KonsumentInnen nicht möglich, es kommt zu einem sogenannten «Marktversagen wegen asymmetrischer Information». Es ist einsichtig, dass dies im Gesundheitsbereich in aller Regel der Fall ist: Der Arzt oder die Ärztin hat zwölf Semester Medizin studiert, der Patient oder die Patientin nicht, der Informationsvorsprung ist übermässig und der Markt kann also nicht so spielen, wie er das sollte. Und in einer solchen Situation, da sind sich (fast) alle VolkswirtschaftlerInnen einig, muss der Staat eingreifen und Spielregeln schaffen, welche den schwächeren Marktteilnehmer – in diesem Fall die PatientInnen – schützt. Dies, und nichts anderes, verlangt die Gesundheitsinitiative. (sf)

Eidgenössische Abstimmungen: 2mal Ja zu den Initiativen «Strom ohne Atom»

Die Lichter gehen nicht aus

Kein Atomkraftwerk ist sicher. Die Zeit ist auch in der Schweiz reif für den geordneten Ausstieg. Dieser ist möglich und versorgungssicher zu gestalten, so dass niemand Angst haben muss, dass die Lichter von einem Tag auf den anderen ausgehen. Zudem sind Menschenleben wichtiger als Marktanteile. Deshalb sagen sie am 18. Mai zweimal Ja zu den Initiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus»

Von Rudolf Rechsteiner, SP-Nationalrat

Die Atomenergie steht vor dem Ende. Der Anteil der atomaren Stromerzeugung am Weltenergieverbrauch ist rückläufig. Bei einem Atomausstieg bis 2014 gehen deshalb die Lichter nicht aus! Dafür ist der Handlungsspielraum gross genug, sowohl kurz- wie langfristig. Kurzfristig: Im europäischen Strommarkt bestanden am kältesten Dezembertag Überkapazitäten von 43,2 Gigawatt, was der 43fachen Leistung des AKW Gösgen entspricht. Oder anders ausgedrückt: 43 Atomkraftwerke in der Grösse von Gösgen hätten abgeschaltet werden können, ohne dass dies jemand gemerkt hätte. Hinzu kommen noch weitere grosse stillgelegte Überkapazitäten. Langfristig: Für den Ersatz der Atomkraft stehen ausgereifte Techniken zur Verfügung, ohne dass die CO₂-Emissionen ansteigen.

Schweiz marschiert verkehrt

Dass der Ausstieg aus der Atomenergie machbar ist, hat man im Ausland längst gemerkt. Jüngstens Beispiel ist England. Die britische Atomlobby wollte jüngst Milliarden-Subventionen für zehn neue Atomreaktoren. Doch die Regierung von Tony Blair macht nicht mehr mit. In den nächsten fünf Jahren wird ein halbes Dutzend Reaktoren stillgelegt. In Deutschland hat der Atomausstieg einen Boom der erneuerbaren Energien bewirkt: Holz- und Biogasverstromung, Wind- und Solarenergie legen enorm zu. In der Europäischen Union wird sich der Anteil der erneuerbaren Energie bis 2010 verdoppeln.

Nur die Schweiz marschiert in die verkehrte Richtung. Bei uns ist der Anteil der erneuerbaren Energien rückläufig, weil die Elektrizitätswirtschaft alles Geld in die Atomenergie lenkt.

Kein Atom-Sonderfall

Die teure Geisterfahrt mit diesem Gross-Risiko muss aufhören. Italien, Österreich und Dänemark haben alle Atomaktivitäten beendet, Deutschland, Holland, Schweden, Spanien hören damit auf, in Grossbritannien und der USA werden keine neuen Werke gebaut, nur noch Frankreich und Finnland halten an der Atomkraft fest... vorläufig...

Strahlen und radioaktive Isotope sind fatal für Menschen und Umwelt, von der Urangewinnung über die Wiederaufbereitung bis zur Entsorgung entstehen gefährliche Emissionen. Die Zunahme von Krebs, Genmutationen und Immunschwäche ist nachgewiesen. Beim Abfall gibt es keine echte Lösungen, unser Tun wird die kommenden Generationen noch während hunderten von Jahren beschäftigen.

Mehr Sicherheit als die ganze Armee

Das Dach des AKW Mühleberg ist an der dünnsten Stelle 15 Zentimeter dick. Das Werk kann jederzeit von Terroristen gesprengt werden. Kein Schweizer AKW ist gegen terroristische Anschläge wirklich sicher. Der

Atomausstieg schafft mehr Sicherheit als die ganze Schweizer Armee. Auch die Moratoriumsinitiative ist wichtig. Sie verlangt einen Baustopp von zehn Jahren für neue Atomkraftwerke. Und sichert die Mitsprache der Bevölkerung nach 40 Jahren Betrieb.



Atomersatz

CO₂-neutrale Ersatzmöglichkeiten für den Schweizer Atomstrom

	Giga-Watt
Verzicht auf Strom-Export	10 500
Erneuerbare Energien	17 000
Verbesserte Effizienz	14 000
Windstromimport aus Europa gemäss	
Machbarkeitsstudie Bundesamt für Energie	26 000
Wärme-Kraft-Koppelung-Reserve (netto)	14 000
Total	81 500
Atomstromproduktion	25 293
Reserve nach Abschaltung der AKWs	56 207

Eidgenössische Abstimmung: Ja zur Lehrstelleninitiative

Tun wir etwas gegen die Lehrstellen-Not!

Die neuerliche Wirtschaftskrise schlägt mit voller Wucht auf den Lehrstellenmarkt durch: Schon wieder herrscht Lehrstellen-Not. Für die Jungen wird es immer schwieriger, eine Lehrstelle zu finden. Die Auswirkungen sind für die Jugendlichen, aber auch für unsere Wirtschaft gravierend: Wer heute ohne Berufsabschluss ins Erwerbsleben treten muss, bleibt später auf der Strecke. Und ohne gut ausgebildete Berufsleute ist unsere Wirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig. Darum: Wir brauchen mehr gute Lehrstellen.

Von Sarah Müller, Mitglied Initiativkomitee

«Dramatischer Lehrstellenmangel»: Solche und andere Schlagzeilen jagten 1996 regelmässig durch die Presse. Die Berufsbildung, lange Zeit ein Stiefkind von Politik und Medien, machte plötzlich mit einer massiven Notsituation Furore. Die Brisanz des Themas mobilisierte viele Jugendliche, die etwas gegen die Lehrstellen-Not unternehmen wollten. Es bildete sich ein breit abgestütztes Komitee, bestehend aus verschiedenen Jugendorganisationen, darunter auch die SAJV (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände), Jungparteien und die Gewerkschaftsjugend. Sie lancierten 1997 die Lehrstellen-Initiative lipa.

Situation erneut dramatisch

Heute haben wir wieder eine vergleichbare Situation wie bei der Lancierung. Es herrscht eine eigentliche Ausbildungsflucht: Nur noch 17 Prozent der Betriebe bilden Lehrlinge aus. Die Prognosen im Kanton Zürich sind düster: voraussichtlich werden bei Lehrstellenbeginn rund tausend Jugendliche keine Lehrstelle haben. Um eine einzige Informatiklehrstelle konkurrieren heute durchschnittlich 37 Bewerberinnen und Bewerber, 18 junge Menschen sind es, die für eine KV-Lehrstelle anklopfen. 60 Bewerbungen und nur Absagen, nicht einmal die Chance zu haben ins Berufsleben einzusteigen, das entmutigt die Jugendlichen. Der Kanton Zürich hat die dramatische Situation erkannt, hat eine Motivationskampagne lanciert und schafft beim Staat und den Staatsbetrieben zusätzliche Lehrstellen – das ist gut, doch es reicht nicht. Es braucht dringend langfristige Massnahmen wie sie die Lehrstelleninitiative (Lipa) vorsieht.



Wie die lipa funktioniert

Die Lehrstelleninitiative fordert ein Recht auf Berufsbildung und die Schaffung eines Berufsbildungsfonds. Sie will alle Betreibe gleichermaßen an der Ausbildung beteiligen, die einen bilden aus und diejenigen, die nicht ausbilden wollen, finanzieren wenigstens die Ausbildungsleistung anderer Firmen mit. Denn schlussendlich profitieren alle davon, wenn Berufsleute ausgebildet wird. Die Lehrstelleninitiative schlägt eine nationale Bildungsabgabe vor, welche die Unternehmen gemessen an ihrer Grösse erbringen. Die Gelder werden auf die Kantone verteilt und von einer tripartiten Kommission – zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und des Staates – in die Lehrstellenförderung investiert. Damit können auch jene Betriebe entlastet werden, die heute schon ihre Ausbildungsverantwortung wahrnehmen.

Bildung ist der Boden unserer Gesellschaft

70 Prozent der Frauen konzentrieren sich auf 12 Berufe und jede fünfte Frau macht keine nachobligatorische Ausbildung. Viele typische Frauenberufe sind schlecht bezahlt und haben wenig

Aufstiegsmöglichkeiten. Mit dem Berufsbildungsfonds können Sensibilisierungsmassnahmen finanziert werden, damit Frauen aus einem breiteren Berufsspektrum auswählen und die Bildungsunterschiede zwischen Frauen und Männer geringer werden.

Rund 21 Prozent der ausländischen Jugendlichen absolvieren keine nachobligatorische Ausbildung. Ihr Risiko erwerbslos zu werden erhöht sich um das Dreifache. Nur durch Integrationshilfen kann verhindert werden, dass diese Jugendlichen auf der Strasse stehen. Die Kosten, welche beim Staat durch nicht erfolgte Ausbildung anfallen (z.B. über Sozialleistungen) sind um ein vielfaches höher, als die Kosten, welche durch die Lehrlingsausbildung entstehen.

Mit den Fondsgeldern können Lehrstellenverbände unterstützt und weitere Massnahmen umgesetzt werden – nur so erreichen wir soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit in der Berufsbildung. Bildung ist ein Kernthema – denn sie ist der Boden, auf dem sich unsere Gesellschaft entwickelt. Deshalb am 18. Mai – Ja zur Lehrstellen-Initiative lipa! Eine Zukunftsperspektive für die Jugend heisst auch eine Zukunft für unser Land!

Eidgenössische Volksabstimmung: Ja zur Initiative «Ja zu fairen Mieten»

MieterInnen nicht mehr länger am kürzeren Hebel

Die Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten» ist die beste Lösung für die rund 70 Prozent der Bevölkerung, die in Miete leben. Sie macht Schluss mit der Hypozins-Ungechtigkeit, welche eine Umverteilung zugunsten der Eigentümer ermöglicht hat, sie verstärkt den Mieterschutz, bremst die Spekulation und verhindert ungerechte Kündigungen.

Von Rudolf Strahm, SP-Nationalrat und
Präsident des MieterInnenverbandes der Deutschschweiz

Wir alle haben das Drama in den Neunzigerjahren erlebt: Als die Hypothekarzinsen stiegen, folgten die Mieten rasch nach oben. Am Ende resultierte insgesamt eine Mietzinssteigerung um 35 Prozent. Als dann die Hypozinsen der Banken wieder sanken, blieben die Mieten hoch. Insgesamt kassieren heute die Vermieterinnen und Vermieter, so hat das Berner Büro Bass errechnet, pro Jahr fünf Milliarden Franken mehr, als sie bei einer korrekten Senkung der Mietzinsen in der Folge der Hypozinssenkungen erhalten dürften.

Das heutige System der Mietzinsanpassung ist wie ein Lift mit zwei Geschwindigkeiten. Wenn der Hypothekarzins steigt, folgen die Mieten rasch nach oben. Wenn der Zins sinkt, stottert der Lift und bleibt oben hängen. Das bringt eine Umverteilung zugunsten der Eigentümerinnen und Eigentümer. Das ist unfair. Mit der Initiative «Ja zu fairen Mieten» will der Mieterinnen- und Mieterverband diese Umverteilung korrigieren. Die Initiative bringt bei sinkenden Hypozinsen auch sinkende Mieten. Sie will eine faire Anpassung beim Hinauf, aber auch beim Hinab. Mit einem Glättungsverfahren sollten die Schwankungen nach unten und nach oben eingegrenzt werden.

Keine Chance für Spekulanten

Wir haben bei den Aktienmärkten einen unglaublichen Kurssturz und den Zusammenbruch der Finanzblase und des Blendertums an der Börse erlebt. Nun wollen solche spekulativen Anleger in den Liegenschaftenmarkt wechseln. Wir müssen verhindern, dass Spekulanten die Wohnungspreise bestimmen. Wir wollen nicht, dass Preistreiber die Wohnungsnot in den Städten benützen, um durch Kündigungen höhere Mieten zu erzielen. Die Initiative «Ja zu fairen Mieten» verhindert eine derartige Preistreiberei.

Angemessene Rendite erlaubt

Die Initiative erlaubt den VermieterInnen ausdrücklich eine angemessene, faire Rendite. Wir wollen die langfristig rechnenden Anlegerinnen und Anleger und die Pensionskassen nicht aus dem Wohnungsmarkt verdrängen. Die Initiative «Ja zu fairen Mieten» schützt die Mieterinnen und Mieter vor Spekulanten, Preistreibern und schwarzen Schafen. Die Mieterinnen und Mieter sind stets am kürzeren Hebel. Die Initiative «Ja zu fairen Mieten» ist kein revolutionärer Systemwechsel, sie garantiert einfach Fairness und Mietzinsgerechtigkeit für beide, die MieterInnen und die VermieterInnen.

Die Parolen der SP Uster

Eidgenössische Abstimmungen

Ja zur Volksinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben (Gesundheitsinitiative)»

Lesen Sie dazu Seiten 6 und 7 in diesem FORUM. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.gesundheit-sante.ch.

Ja zur Volksinitiative «Strom ohne Atom – für die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke»

Ja zur Volksinitiative «MoratoriumPlus – für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps»

Lesen Sie dazu Seite 8 in diesem FORUM. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.stromohneatom.ch.

Ja zur Volksinitiative «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstelleninitiative Lipa)»

Lesen Sie dazu Seite 9 in diesem FORUM. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.lipa.ch.

Ja zur Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten»

Lesen Sie dazu Seite 10 in diesem FORUM. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.mieterverband.ch.

Ja zur Volksinitiative «für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit»

Lesen Sie das Argumentarium im Internet unter www.sonntags-initiative.ch

Ja zur Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte»

Lesen Sie das Argumentarium im Internet unter www.freierzugang.ch

Stimmhaltung zum Referendum zur Armereform XXI

Ja zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz

Kantonale Abstimmung

Ja zur Volksinitiative «Weniger Steuern für niedere Einkommen»

Lesen Sie dazu Seite 5 in diesem FORUM.

Kommunale Abstimmung

Ja zum 2 Millionen-Kredit für die familienergänzende Betreuung

Lesen Sie dazu Seite 4 in diesem FORUM.

Dies und Das

Friedensrichterwahlen – 2. Wahlgang

Am 18. Mai steht der 2. Wahlgang für das Amt der Ustermer Friedensrichterin/des Ustermer Friedensrichters an. Drei KandidatInnen bewerben sich um dieses Amt: Paul Latzer (parteilos, von der SVP



unterstützt), Daniel Bachmann (parteilos, von der EVP unterstützt) und Crista D. Weisshaupt (SP). Letztere verdient auch im zweiten Wahlgang ihre Stimme. Die Gründe:

Das Amt einer Friedensrichterin bedarf einer Person, welche langjährige Berufserfahrung in verschiedenen Bereichen besitzt, ein grosses gesellschaftliches Engagement unter Beweis gestellt hat und – vor allem – eine grosse Lebenserfahrung mit sich bringt. All diese Bedingungen erfüllt Crista D. Weisshaupt:

- langjährige Berufserfahrung: Crista D. Weisshaupt war nach der Handelsschule in verschiedenen Unternehmen tätig, zumeist in leitender Stellung. In Uster führte sie während 10 Jahren die Geschäftsstelle einer Krankenkasse. Heute arbeitet sie in einer bekannten Personal- und Unternehmensberatungsfirma in Zürich.
- grosses gesellschaftliches Engagement: Crista D. Weisshaupt hat sich viele Jahre im Tagesschulverein Uster engagiert, war Gründungsmitglied der WOGENO Uster, hat während fünf Jahren die VPOD-Sektion Uster geleitet und ist im Vorstand und Leitenden Ausschuss der Rheumaliga des Kantons Zürich.
- grosse Lebenserfahrung: Crista D. Weisshaupt ist geschieden und Mutter von drei erwachsenen Kindern. Als berufstätige und politisch engagierte Frau hat sie Beruf, Familie und Politik unter einen Hut bringen müssen. Sie kennt das Leben, mit all seinen Hoch und Tiefs, mit seinen

schönen und weniger schönen Seiten, aus eigener Erfahrung.

Crista D. Weisshaupt ist eine Kämpferin für Recht und Gerechtigkeit. Und es ist Zeit, dass das wichtige Amt des Friedensrichters erstmals von einer Frau bekleidet wird. Wählen Sie am 18. Mai Crista D. Weisshaupt zur Friedensrichterin von Uster.

Freispruch

SP-Gemeinderat Rolf Graf ist vom Bezirksgericht Uster von der Anklage der üblen Nachrede und Ehrverletzung freigesprochen worden. Der Prozess gegen Graf war von einem früheren Präsidenten der Baukommission der Primarschulpflege Uster angestrebt worden. Graf hatte anlässlich der Prüfung der Bauabrechnung der Renovationsarbeiten für das Schulhaus Gschwader öffentlich gemacht, dass die Firma des Baukommissionspräsidenten selber Aufträge erhalten habe. Aus den Protokollen der Baukommission ging hervor, dass diese Aufträge «präsidial» vergeben worden waren. Graf sah darin eine ungenügende Trennung von Amt und privaten Interessen und brachte dieses Thema anlässlich einer Gemeinderatssitzung aufs Tapet. Die Bauabrechnung wurde vom Gemeinderat am Ende – auch wegen anderer Mängel – abgelehnt.

Eine Prüfung des Bezirksrates hat später ergeben, dass nicht der Präsident der Baukommission, sondern der Präsident der Schulpflegen die Aufträge «präsidial» vergeben hat, worauf der ehemalige Baukommissionspräsident gegen Graf juristische Schritte einleitete.

Das Bezirksgericht Uster kam nun aber zum Schluss, dass sich Graf nicht der üblen Nachrede und Ehrverletzung schuldig gemacht habe. Aufgrund der falschen Protokollierung habe Graf annehmen müssen, dass in der Tat der Kommissionspräsident die Aufträge seiner eigenen Firma zugehalten habe. Graf habe also nicht wider besseren Wissens – gemäss Strafgesetzbuch Voraussetzung für eine Verurteilung – gehandelt. Mehr noch: Graf habe in Übereinstimmung mit seinen Amtspflichten als Gemeinderat gehandelt. Er habe die von ihm scheinbar festgestellten Mängel dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen müssen, ansonsten er seine Pflichten als revidierendes Gemeinderatsmitglied verletzt hätte. Auch habe Graf seine Anschuldigung mit sachlichen und zurückhaltenden Worten vorgetragen, habe in seinem Referat keine Worte verwendet, welche als unangemessen und ehrverletzend zu taxieren wären.

Das Gericht sprach Rolf Graf am Ende frei, sprach ihm eine Prozessschädigung von 5000 Franken zu, welche vom Kläger zusammen mit den Prozesskosten zu tragen sind. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig, da das Urteil vom Kläger ans Obergericht des Kantons Zürich weitergezogen worden ist.

Tempo 30: Es tut sich was!

In der Diskussion um die Einführung von Tempo 30 tut sich was: Im Quartier Rehbühl finden zur Zeit «Runde Tische» statt, in welchen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers die für eine Verkehrsberuhigung notwendigen Massnahmen erarbeitet werden. Der Stadtrat hat auch klar gemacht, dass er in Sachen flächendeckende Einführung von Tempo 30 in den Quartieren vorwärts machen will.

Einen weiteren Erfolg konnte die SP beim Thema «Tempo 30 nach Stundenplan» verbuchen. Vor einem Jahr war im Gemeinderat ein Postulat von SP-Gemeinderat Stefan Feldmann behandelt worden, mit welchem er vom Stadtrat einen Bericht forderte, wie und wo «Tempo 30 nach Stundenplan» eingeführt werden könnte. Bei «Tempo 30 nach Stundenplan» würden vor Schulhäusern Wechselsignalisationen eingerichtet, mit welchen während der Zeit, in welcher SchülerInnen unterwegs sind (am Morgen, über Mittag, nach Schulschluss) «Tempo 30 signalisiert würde, während es in der übrigen Zeit (während der Nacht, an Wochenende, während den Schulferien) bei der normalen Höchstgeschwindigkeit bleiben würde. Das Postulat wurde von den Bürgerlichen im Gemeinderat abgeschmettert, worauf das Postulat als Einzelinitiative eingereicht wurde. Der Bericht, den der Stadtrat nun ausgearbeitet hat, unterstützt die Argumentation der SP fast vollständig. Das für das Thema zuständige Stadratsmitglied – Hans Streit (SVP) – hat zudem einen einjährigen Versuch beim Schulhaus Niederuster angeordnet, was ihm viel Ärger von seinen bürgerlichen KollegInnen eingetragen hat. Weiter schliesst der Stadtrat in der Antwort auf die Einzelinitiative nicht aus, solche Wechselsignalisationen auch andernorts einzuführen. Noch lieber wäre ihm allerdings, wenn die Schulwege ganz in Tempo 30-Zonen integriert werden könnten. Der SP natürlich auch, denn «Tempo 30 generell» ist immer besser, als «Tempo 30 nach Stundenplan». Auf die Ergebnisse des Versuchs in Niederuster darf man aber auf jedenfall gespannt sein.

Veranstungskalender

27.04. Kino - SCHTONK

Helmut Dietl D 1992
D 115'

Kunsthändler Knobel hat es schon immer verstanden, Geschäfte mit der Leichtgläubigkeit seiner Mitmenschen zu machen. Seinen grössten Coup landet der passionierte Fälscher allerdings, als er Sensationsreporter Willié die angeblichen "Hitler-Tagebücher" unterjubeln kann. Beide wittern das Geschäft ihres Lebens...

18.30 / 21 h im Kino Qtopia

08.05. KONZERT - NBA (CH)

FORUM-TIP

Not by accident (NBA) - das kann kein Zufall sein. Die beiden Musiker Andreas Müller (piano, keyboards) und Mario Caspar (drums, percussion) sind überzeugt, dass ihre Begegnung kein Zufall war und beide zugleich den selben Wunsch hatten, nämlich die eigene Musik auf einer CD festzuhalten. Zwei Seelenverwandte also mit dem Projekt, eine Band zu gründen. Ein spannender Abend von Musiker-Persönlichkeiten, die nichts dem Zufall überlassen.

20.30 Uhr im JazzContainer

11.05. Kino - MUTTER

Miklós Gimes CH 2002
D/Ung. d 95'

FORUM-TIP



Erzählt wird das bewegte Leben der 80-jährigen Alice Gimes, der Mutter des Filmautors, welche alle Lucy nennen. Ein gespaltenes Leben: Die eine Hälfte in Ungarn, die andere in der Schweiz. Die eine Hälfte in der Wirklichkeit, die andere in einer Traumwelt, um die Wirklichkeit ertragen zu können.

18.30 / 21 h im Kino Qtopia

18.05. Abstimmungswochenende

Weitere Angaben finden sie im Internet unter: www.sp-uster.ch

FORUM-TIP

18.05. must - musiker aus uster für uster

Vom Lot zum Werk / Jazzcontainer

Im Lot:

11.00 Uhr David Sautter (klassische Gitarre) & Letizia Fiorenza (Gesang)

Unterwegs: musikalische Überraschung

Im Werk:

12.30 Heike Stadtmann (Mezzosopran) & Isabelle Jeannet (Klavier)

18.05. SCHWEIZER KURZFILME 2002



Rückschau auf die Solothurner Filmtage 2003: Qtopia präsentiert einen Reigen an spannenden, schönen und witzigen Kurzfilmen.

18.30 / 21 h im Kino Qtopia

22.05. MARKUS HAUSER SEXTET

(CH/MEX/IT/GR)

So Schweizerisch der Name Markus Hauser auch tönt, er steht für eine musikalische Reise durch zwei Kulturen, den des argentinischen Tangos und den des mexikanischen Boleros.

20.30 Uhr im JazzContainer

25.05. Kino - OLTRE IL CONFINE

Rolando Colla I / CH 2002
I d/f 104'

Turin 1993. Die Architektin Agnese wird eines Morgens ins Kriegsveteranenheim bestellt, wo ihr kranker Vater lebt...

18.30 / 21 h im Kino Qtopia

01.06. Kino - JUSTIZ

Hans W. Geissendörfer D/CH 1993
D 108'

Zürcher Dürrenmatt-Thriller: Scheinbar ohne



Motiv erschießt Regierungsrat Kohler (Maximilian Schell) in einem belebten Zürcher Restaurant den angesehenen Professor Winter...

18.30 / 21 h im kino Qtopia

08.06. THE FABULOUS BAKER BOYS

Steven Kloves USA 1989
E d/f 105'

Seit fünfzehn Jahren bespielen sie Abend für Abend die Grand-Hotels, Casinos und Nachtcafés dieser Welt...

18.30 / 21 h im Kino Qtopia

15.06. Kino - IN THE MOOD FOR LOVE

Wong Kar-wai F/Hongkong 2000
Orig. d 97'

Der Redakteur Chow bezieht im Hongkong der frühen Sechzigerjahre mit seiner Frau ein freierendes Zimmer in einer Wohnung. Am selben Tag zieht in ein Zimmer der Nachbarwohnung Lizhen, eine junge Frau mit ihrem Mann...

18.30 / 21 h im Kino Qtopia

22.06. Kino - BLUE MOON

Andrea Maria Dusl Ö 2002
D 90'

Johnny Pichler (Josef Hader) ist ein Geldbote mit missglücktem Auftrag und großen Problemen. Er verliebt sich in Shirley (Viktoria Malektorovych), eine geheimnisvolle junge Frau. Die gemeinsame Flucht aus Österreich führt beide in die Slowakei. Plötzlich ist Shirley verschwunden. Auf er Suche nach ihr findet Johnny ihre Zwillingsschwester Jana, Taxifahrerin im ukrainischen Lviv. Ein dunkles Geheimnis scheint auf der Familie der Schwestern zu lasten. Johnny trifft Ignatz Springer (Detlev Buck), einen ostdeutschen Kleinkriminellen. Man setzt die Reise quer durch die Ukraine gemeinsam fort, bis sich in Odessa am Schwarzen Meer alle Kreise schließen.

18.30 / 21 h im Kino Qtopia

22.06. must - musiker aus uster für uster

Vom Werk zur Arche Nova

Im Werk:

11.00 Uhr Stefan Schättin (Klavier) & Werner Kunz (Klavier)

Unterwegs: musikalische Überraschung
Arche Nova:

12.30 Michael Winkler (klass. Gitarre)

FORUM-TIP

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610 USTER

TEL. 01 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00

Inserat

ÖPFELBAUM

Bioladen Genossenschaft Zentralstrasse 18, Uster

Öffnungszeiten:

Montag	vormittag geschlossen	14.00-18.30
Di-Fr	9.00-12.30	14.00-18.30
Samstag	9.00 durchgehend bis	16.00

Inserat

FORUM

Periodico di
politica, lavoro e cultura
della Colonia Libera
Italiana

www.forumonline.ch

No. 216 Maggio 2003



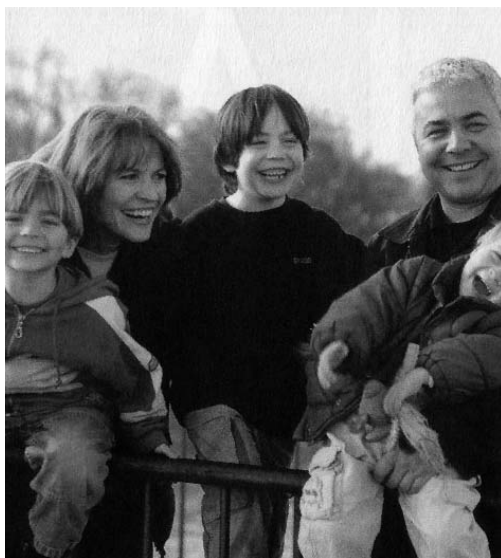
P.P. Uster

Si al credito di 2 milioni per l'assistenza complementare per le famiglie

Indispensabile per una città come Uster

Votazioni del 18 maggio 2003

*Votazione generale:
Si all'iniziativa
«la salute a prezzi accessibili»*



*Votazione cantonale:
Si all'iniziativa
«Meno tasse per i redditi più bassi»*



*Votazione comunale:
Si al credito per l'assistenza
complementare per le famiglie*



Valerio Modolo

Il prossimo 18 maggio il popolo svizzero sarà chiamato ad esprimersi su ben nove temi federali, e nel cantone di Zurigo tra l'altro su un'iniziativa del partito socialista che chiede meno tasse per i redditi più bassi. I temi in votazione a livello federale sono i seguenti:

- Modifica della legge federale sull'esercito e sull'amministrazione federale
- Legge federale sulla protezione della popolazione e sulla protezione civile
- Iniziativa popolare «per delle pigioni corrette»
- Iniziativa popolare «per una domenica senz'auto ogni stagione (una prova per 4 anni)»
- Iniziativa popolare «la salute a prezzi accessibili»
- Iniziativa popolare «parità di diritti per i disabili»
- Iniziativa popolare «Corrente senza nucleare» per disattivare progressivamente le centrali nucleari
- Iniziativa popolare «per la proroga del blocco della costruzione di centrali nucleari» (Moratoria più)
- Iniziativa popolare «per un offerta appropriata di posti di tirocinio»

Non tratterò tutti i temi in votazione, mi limiterò a quattro iniziative che ci possono interessare sia per i risvolti pratici che per gli aspetti sociali.

Iniziativa «per delle pigioni corrette»

È stata lanciata nel 1997 dall'unione svizzera degli inquilini. Si prefigge di legare l'aumento degli affitti agli elementi che determinano i costi reali dell'affitto, chiede di adeguare le pigioni fondate sulla variazione dei tassi ipotecari su un tasso medio calcolato su un periodo di cinque anni, inoltre propone la limitazione e lo scaglinamento degli aumenti di pigione, connessi con il passaggio di proprietà dell'immobile. L'attuale diritto di locazione è entrato in vigore il 1° luglio del 1990, da allora sia locatori che locatari avevano chiesto ripetutamente delle modifiche, c'è voluta l'iniziativa sotto forma di progetto elaborato per smuovere le acque. Abbiamo assistito molte volte ad abusi su aumenti ingiustificati delle pigioni. Sarebbe ora che vengano stabilite regole precise. Il Consiglio federale e il parlamento hanno respinto l'iniziativa. Contemporaneamente hanno elaborato un controprogetto indiretto, sotto

Continua a pag. 4

Integrazione (LAI) USTER

Se ben ricordate avevo già accennato nel Marzo 2002 su un articolo del FORUM a quello che cambierà e che sta cambiando su i nuovi accordi bilaterali e sull'integrazione.

Italo Conte

Vi vorrei annunciare che per l'inizio di aprile avremo un nuovo centro sull'integrazione (LAI) ad USTER. LAI sta per «Lokale Anlaufstelle Integration», (Centro Locale Integrazione) sarebbe il primo punto di lancio sull'integrazione a Uster.

Il Locale è situato alla Zentralstrasse 39. La responsabile e direttrice del centro è la signora Eve Ehrensperger. Gli orari di apertura per il momento non sono ancora stati definiti con esattezza però da quanto è stato accennato nell'ultima riunione dovrebbero essere due giorni la settimana: mercoledì dalle ore 15:00 alle 19:00 e il sabato mattina dalle 10:00 alle 12:00. Però sono appunto solo degli orari piloti per una prima fase di lavoro del nuovo centro. Spero nel prossimo Forum di informarvi sugli orari esatti e sul numero telefonico.

Il centro LAI sarà sempre disponibile per qualsiasi problema e per tutelare il proprio diritto riguardante l'integrazione dei lavoratori e anche per i così detti Sans-papier, cioè per lavoratori senza documenti e senza permessi.

Tutti coloro per esempio che hanno problemi di prendere in affitto un proprio appartamento, o vivono e lavorano in condizioni pessime, o che non sanno come comportarsi quando arriva una lettera della polizia degli stranieri, come anche altri che non possono difendersi legalmente da abusi, (ci sarebbe da scrivere ben due pagine su questi tipi di discriminazioni e come al solito c'è sempre qualcuno che approfitta di tutto ciò): Il Centro Locale Integrazione si occuperà di porre rimedio a questi problemi.

C'è molto da fare. Si è parlato anche di organizzare dei corsi di lingua tedesca indirizzati a particolari rami e esigenze delle lavoratrici e dei lavoratori. In pratica sono dei corsi privati per quelle molte persone per cui gli orari di lavoro sono irregolari, ostacolando così di frequentare i normali corsi serali o del sabato mattina.

Prego tutti i connazionali di informare colleghe e colleghi di lavoro sul nuovo centro LAI. Se ci sono delle richieste particolari e idee che si possono realizzare, contattate direttamente la CLI Uster o mandateci una e-mail: cli.uster@freesurf.ch

IL RISVEGLIO

C'è qualcosa nell'aria che ci fa sperare; non si tratta della primavera appena arrivata, ma del risveglio, dopo un lungo letargo durato quasi vent'anni, della società civile.

Claudio Marseglia

I fatti tragici degli ultimi giorni, mi riferisco alla guerra dell'Irak, ci hanno messo di fronte alla dura realtà! Altro che globalizzazione, libero commercio, progresso per tutti, miglioramento delle condizioni di vita per i paesi poveri etc. Fesserie propinateci giornalmente, per anni, dai mass-media, da giornalisti prezzolati, sensibili più alle lusinghe del potere che alla voglia di raccontare la verità. Siamo sottoposti ad un bombardamento quotidiano di spizzichi di verità, di verità viste da una sola facciata; così ci raccontano che Saddam è cattivissimo, senza dirci chi lo ha aiutato a mantenersi al potere ed a fare tutto quello che ha fatto in questi anni! Chi gli ha venduto le armi e la tecnologia necessaria per fabbricarle? Mi ricordo che negli anni 80 era uno dei maggiori acquirenti di armamenti made in Italy, gli abbiamo venduto di tutto, navi comprese (chi si ricorda dello scandalo dei cacciamine fabbricati presso La Spezia e poi incapaci di raggiungere il mare perché troppo alti per superare un ponte? Erano destinati all'IRAK di Saddam!).

Utopie deluse

Forse perché riempiti di notizie la gente dimentica in fretta, preferisce credere alle fandonie più assurde. Anni fa si facevano progetti faraonici per cambiare il clima nelle aree più inospitali del globo terrestre, il Giappone teorizzava di trasformare il deserto del Nord Africa in una immensa e super-produttiva zona agricola mediante la costruzione di grandi dissalatori d'acqua marina, l'Arabia sognava di rimorchiare dal Polo Sud enormi iceberg per poter avere acqua a sufficienza etc.; per accorgerci poi che miliardi di persone vivono in una eterna penuria d'acqua con tutto quello che comporta (sete, sporcizia, mancanza d'igiene, fame, malattie). L'incredibile aumento che la popolazione dei paesi in via di sviluppo ha avuto negli ultimi decenni ha prematuramente fatto affiorare il

problema che altrimenti si sarebbe presentato tra qualche anno. L'uomo sconvolge gli equilibri naturali finendo per provocare catastrofi che si susseguono sempre più frequentemente e sempre con maggiore gravità.

Siamo alla mercè dei potenti?

Abbiamo in Italia acquedotti che perdono un quarto dell'acqua che trasportano. Regioni come la Sicilia dove in estate l'acqua diventa un miraggio; per non parlare dei grandi lavori per canalizzare, cementificare, deviare dal loro letto naturale fiumi con conseguenze difficilmente riparabili (vedi la Cina o la ex URSS che deviava fiumi per rendere atti all'uso agricolo i deserti asiatici per poi accorgersi che ne creava altri!). Si può parlare di una formula matematica semplice: acqua = cibo, questo vuol dire che io USA (sempre loro!) vendo cibo a te Cina (super popolata) però tu fai... La stessa formuletta si può applicare in altri casi tanto il risultato non cambia.

Allora si chiederà qualcuno siamo alla mercè dei potenti; io dico di no, la società civile si sta svegliando, ci sono ancora persone che continuano a credere a tutto quello che il Potere gli propina ma, e sono sempre di più, c'è un sacco di gente che è ritornata a pensare con la propria testa; io non voglio bombardare l'Irak, non voglio il liberalismo senza regole, non voglio contribuire a sconvolgere il clima, ho voglia di uno sviluppo sostenibile, di lasciare ai nostri figli un pianeta più o meno sano. Motivazioni se ne trovano in quantità, ognuno ha la sua sensibilità e la incanala dove e come crede; l'importante è che ci sia la voglia di dire no!

Manifestazioni sempre più imponenti vengono organizzate contro le decisioni del regime, quarantamila persone a Berna e decine di milioni in tutto il mondo (USA compresi) hanno detto di no alla guerra, allo smantellamento delle protezioni sociali; movimenti sorgono per la protezione della natura, comitati nascono spontaneamente contro la costruzione di fabbriche, centrali elettriche, depuratori etc. che inquinano e deturpano il nostro habitat. Sono fatti concreti che ci fanno sperare in un futuro vissuto attivamente.

Riconfermato

Continua da pag. 2

forma di revisione parziale del diritto di locazione nel codice delle obbligazioni. Questa revisione parziale prevede di abbandonare l'indicizzazione delle pigioni in base al tasso ipotecario a favore di quella in base all'indice dei prezzi al consumo. Inoltre in caso di cambio di proprietà dell'immobile, il nuovo locatore può, nel quadro delle pigioni di riferimento, procedere ad un aumento annuo massimo del 10%. Contro questa decisione è stato lanciato un referendum.

Iniziativa popolare «salute a prezzi accessibili»

È stata lanciata dal partito socialista e dall'Unione Sindacale Svizzera e propone di fissare i premi dell'assicurazione malattia in proporzione al reddito e alla sostanza. Un quarto dei premi dovrebbe venir finanziato con l'aumento dell'Iva. L'iniziativa come è stata formulata, garantirebbe a tutte le persone l'accesso ad una medicina di qualità che tiene conto dei bisogni effettivi della popolazione. La Confederazione dovrebbe fissare tariffe massime per cure e medicinali al fine di stabilizzare i costi della salute. Come in altri paesi europei si vuole introdurre un sistema di quote premi su basi sociali che vada incontro alle famiglie e agli assicurati con redditi bassi. Questa iniziativa darebbe più competenze di pianificazione alla Confederazione e meno ai Cantoni, inoltre si prefigge di portare più chiarezza in questo settore dove medici, casse malati, case farmaceutiche, senza tenere in considerazione gli interessi degli assicurati, possono decidere deliberatamente su farmaci troppo cari, operazioni o cure inutili o evitare di prendersi carico di cure indispensabili. Inutile dirlo che il Consiglio federale e i partiti borghesi hanno combattuto e respinto l'iniziativa.

Iniziativa popolare «parità di diritti per i disabili»

L'iniziativa è stata depositata presso la cancelleria federale nel 1999 sotto forma di progetto elaborato. Chiede che siano abbattute tutte le barriere architettoniche affinché i disabili abbiano accesso agli edifici, alle strutture e prestazioni di interesse pubblico. In pratica si chiede la non discriminazione dei portatori di handicap. Consiglio federale e parlamento se pur di misura, hanno respinto l'iniziativa in quanto avrebbe ripercussioni finanziarie notevoli per i privati, per le imprese private, nonché per enti pubblici. Il governo ha elaborato un controprogetto indiretto sotto forma di legge federale, che però al

contrario di quanto chiede l'iniziativa, rinuncia segnatamente alla trasformazione generalizzata degli edifici per andare incontro alle esigenze dei disabili. Inoltre concede una proroga di venti anni per adattare i trasporti pubblici delle infrastrutture necessarie. I promotori dell'iniziativa hanno ritenuto queste concessioni minime insufficienti, quindi l'iniziativa andrà in votazione popolare.

Iniziativa «per un'offerta appropriata di posti di tirocinio»

L'iniziativa chiede che il diritto ad una formazione professionale appropriata sia garantito mediante una sufficiente offerta di posti di apprendistato di qualità. Si chiede che venga creato un fondo nazionale per la formazione professionale, finanziato dai datori di lavoro. È a tutti ben nota la situazione attuale sui posti di apprendistato: Sono moltissimi i giovani che sono alla ricerca di un posto di tirocinio, con poche possibilità di trovarlo. Molte ditte hanno introdotto dei test particolari per fare la selezione. Per un posto di tirocinio nell'informatica sono decine i giovani che si presentano, in altri settori la situazione non è migliore. Oggi solo il 17% delle ditte offrono ai giovani la possibilità di una formazione professionale, negli anni ottanta un terzo delle aziende offrivano posti di tirocinio. La crisi economica non favorisce certo un miglioramento della situazione, c'è bisogno di interventi concreti che diano ai giovani una speranza per il futuro e fiducia in questa società.

Questi sono i temi in votazione il 18 maggio. Purtroppo noi stranieri non possiamo esprimerci, ma senza dubbio possiamo cercare di sensibilizzare chi può votare. Qualsiasi sia il risultato, le conseguenze negative o positive le subiamo anche noi.

Il Ministero degli Affari Esteri italiano, in data 20 novembre 2002, ha comunicato, tramite il Console Generale in Zurigo, Dott. Bernardo Carloni, al signor Salvatore Turrisi la riconferma nell'incarico di corrispondente consolare di Uster e circondariato.

Salvatore Turrisi

A tal fine il Console si è premurato di mandare una lettera di presentazione presso il Comune di Uster affinché il signor Turrisi venga facilitato nel suo compito.

La notizia è stata accolta con piacere visto che il caro Salvatore è uno di quei casi in cui il riconoscimento è ampiamente meritato. Ha bene operato in questo ruolo per quasi trent'anni, distinguendosi per la costanza ed il senso di solidarietà verso chi per un motivo o per l'altro si è trovato a confrontarsi con una amministrazione che, fino a qualche anno fa, era matrigna; chi non ricorda le mezzegornate trascorse in attesa negli uffici consolari? E le spese di trasferimento a Zurigo, le ore lavorative risparmiate? Ora la situazione, per fortuna, non è più così, ma siamo sicuri che l'apporto di S. Turrisi sarà sempre oltremodo utile. Noi della Colonia Libera di Uster siamo gratificati da questa riconferma perché Turrisi fu sponsorizzato (per usare un termine oggi di moda) all'epoca dalla CLI e, non ultimo, perché il predetto è stato attivista di Colonia per diversi anni ed ancora adesso cerca di rendersi utile.

Nell'esprimergli le nostre congratulazioni, gli auguriamo di poter svolgere, negli anni a venire, proficuamente nell'interesse della comunità italiana, le mansioni di Corrispondente Consolare.

IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

www.forumonline.ch

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 9000

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.-

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia, Letizia Fiorenza, Valerio Modolo,

Stampa: Ropress Zurigo